

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 35 (2016)
Heft: 68

Artikel: Quo vadis linkes Europa? : Schwächen der Bewegung und Erneuerungs(un)fähigkeit der Sozialdemokratie
Autor: Candeias, Mario
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-780983>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Quo vadis linkes Europa?

Schwächen der Bewegung und Erneuerungs(un)fähigkeit der Sozialdemokratie

Europa ist nicht mehr wie zuvor. Die Idee der europäischen Einigung liegt am Boden. Von links kann das real existierende Projekt europäischer Einigung kaum noch verteidigt werden, ohne in blanken Illusionismus umzuschlagen. Die Forderung nach einer weiteren Vertiefung und Demokratisierung der EU ist illusionär, nicht weil sie falsch wäre, sondern weil sie keinerlei Chance auf Realisierung in den gegebenen Verhältnissen hat. In der Erfahrung breiter Teile der Bevölkerung bedeutet «mehr EU» bisher vor allem mehr neoliberale Reform. Der Brexit zeigt *eines* besonders deutlich: Die Linke in Europa hat weite Teile der popularen Klassen – die «bedrohte Mitte» und das Prekariat – verloren, nicht nur für eine europäische Perspektive, sondern für linke Perspektiven an sich. Das Votum für den Brexit war für Owen Jones (2016) «eine Revolte der Arbeiterklasse. Vielleicht ist es nicht die Art von Revolte gegen das politische Establishment, die viele von uns sich gewünscht hätten. Zweifelsohne ist dieses Ergebnis aber den Stimmen einer wütenden und politisch entfremdeten» weissen Arbeiterklasse zu verdanken. Dies gilt nicht nur für Grossbritannien, und es ist ein existenzielles Problem für die Linke: Wenn linke Politik zum Lifestyle einer gut ausgebildeten, urbanen kosmopolitischen Klasse verkommt, wird die Linke nur noch als etablierte politische Kraft wahrgenommen, die sich von anderen «Eliten» wenig unterscheidet.

Auf die Vertiefung der europäischen Integration zu setzen, ist angesichts der Krise und der Zersetzung des europäischen Gedankens nicht sinnvoll. Deshalb einen linken Exit, den Lexit, anzustreben, ist aber ebenso wenig sinnvoll und genauso unrealistisch wie unsere nunmehr zwanzig Jahre alte Forderung nach einem sozialen Europa. Wir könnten ein Lexit-Referendum, dort, wo es formell zulässig ist, nur zusammen mit den Rechtspopulisten und Rassistinnen gewinnen, etwa mit Geert Wilders Freiheitspartei oder Marine Le Pens Front National. Dies wäre eine vergiftete Kooperation, zum einen, weil es extrem schwierig wäre, sich von den Rechten zu unterscheiden, zum anderen, weil in der Regel die Rechte profitiert, die Linke aber gescholten und angeklagt wird, von den Bürgerlichen wie von den eigenen Anhängerinnen und Anhängern. Was ist also zu tun?

Die europäische Organisation der Linken ist nicht über Abkürzungen zu erreichen

Auf europäischer Ebene ist die in Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften verankerte Linke fragmentiert. Die Konvergenz der Perspektiven und Kämpfe ist begrenzt durch eine enorme Heterogenität der gesellschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern. Es gibt keine Abkürzung hin zu einer direkten europäischen Organisation. Welches sind unsere Alternativen?

Wenn es an der Europäischen Strategiekonferenz der Rosa Luxemburg Stiftung im Juni 2016 einen minimalen Konsens gab, der die sehr unterschiedlichen und gegensätzlichen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken in Europa zusammenführen kann, dann lautet er: Eine stärkere soziale Basis organisieren, Solidarstrukturen und eine solidarische Ökonomie aufbauen, rebellische Nachbarschaften und rebellische Städte schaffen, mehr werden, unsere eigenen Institutionen aufbauen. All dies ist unverzichtbar, um auch nur irgendeine unserer Alternativen durchzusetzen. Praktische Organisationsarbeit leisten, hinausgehen und Verbindungen mit den popularen Klassen aufbauen, die von der Politik nichts mehr erwarten, besonders in benachteiligten Gebieten, jenseits der üblichen Verdächtigen eines kleinen linken Mosaiks – dies sind die Voraussetzungen, um Macht aufzubauen und unsere Ziele zu erreichen. Zu oft beschränken wir unsere Debatte auf programmatische Fragen und verbesserte Konzepte. Dies reicht aber nicht, um die politische Polarisierung zwischen autoritären Regierungsprojekten und den sich radikalisierenden Rechten zu durchbrechen. Zuallererst ist eine im Alltag präsente gesellschaftliche Bewegungs- und Parteilinke wieder aufzubauen.

Nur so können wir jene Teile der popularen Klassen zurückgewinnen, die «in einem Akt politischer Notwehr» rechtspopulistische Parteien wählen, um im politischen Diskurs überhaupt noch vorzukommen, wenn auch nur als «negative Selbstaffirmation» (Eribon 2016). Denn es kommt ganz darauf an, was die Alltagserfahrung prägt: ob praktische Solidarität in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz oder aber Konkurrenz und Vereinzelung (Candeias 2015). Es ist durchaus möglich, dass eine gelingende solidarische Praxis anziehender wirkt als ein rechtes Projekt, welches nur imaginierte Selbstermächtigung bringt. Allerdings darf man zwei Dinge nicht unterschätzen: a) «Imaginierte Gemeinschaften» (Anderson) wie die Nation sind seit jeher enorm mobilisierende Anrufungen, während linke Organisation die Geduld und den Mut erfordert, sich den Mächten entgegenzustellen; b) die Einordnung in ein rechtes Projekt verändert Angehörige der popularen Klassen; sie *zurück*zugewinnen, ist schwieriger, als sie zu gewinnen, *bevor* sie sich nach rechts orientieren.

Ende des Zyklus der europäischen Protestbewegungen seit 2011?

Im Jahr 2011 haben sich in verschiedenen Ländern und Städten Europas Protest- und Demokratiebewegungen formiert gegen die autoritäre Austeritätspolitik von Regierungen und europäischen Institutionen, so in Griechenland, Spanien, Portugal und anderswo. Die Bewegungsimpulse lösten vielerorts eine Reorganisierung des politischen Feldes aus, in der Zivilgesellschaft, in Parteien und Regierungen. Ist der damals in Gang gesetzte Bewegungszyklus heute an sein Ende gekommen? Ich denke, nein. Zu Ende gekommen ist die tradierte Erwartung einer linearen Entwicklung, die von der Bewegung über die Organisierung zur Regierungsmacht führt. Obwohl gesellschaftliche Bewegungen in der Linken weithin als unverzichtbar gelten, dominiert die Vorstellung eines linear aufsteigenden politischen Prozesses wie folgt: Am Anfang stehen der Protest und die Bewegung; es folgt der Aufbau einer neuen und/oder der Umbau alter linker Parteien; die Partei tritt dann an, um Wahlen für sich zu entscheiden, die Macht zu erobern und die «richtige» Politik umzusetzen. Die Vorstellungen von Machteroberung bleiben altmodisch, parlamentszentriert, etatistisch.

Stattdessen müsste klar sein: Wenn institutionelle Regierungsmacht übernommen wird, heisst das nicht, dass die Zeit der Bewegungen vorüber ist. Mit dem Regierungsantritt müssten vielmehr der Bewegungsmoment und die Selbstorganisation in allen Bereichen gestärkt werden. Aufgabe von Regierung wäre es, die soziale (Macht-)Basis für die gesellschaftliche Transformation zu verbessern, in den staatlichen Institutionen wie in der Zivilgesellschaft und in den Nachbarschaften, statt stellvertretend für Bewegungen und WählerInnen zu agieren und sie von Fall zu Fall anzurufen, um für die Regierung zu mobilisieren. Dies hat sich in Griechenland als fatal erwiesen und ist auch im spanischen Staat ein Problem: bei der angestrebten Koalitionsregierung des linken Wahlbündnisses von Unidas Podemos¹ und dem Partido Socialista Obrero Español (PSOE, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) genauso wie bei den Regierungen der «rebellischen Städte» (siehe Zelik u. a. 2016).

Überschätzt wird immer wieder die Bedeutung von elektoralen Prozessen – nicht nur der Wahlen, auch der durchaus vorhandenen Mobilisierungsmöglichkeiten einer Wahlkampagne. Unterschätzt wird dagegen die Bedeutung langwieriger und mühseliger Organisationsarbeit in den Nachbarschaften, einer Arbeit, die sich stärker den Alltagsproblemen zuwendet und in der die Einzelnen selbst etwas tun können. Eine Arbeit, die über die Präsenz im Alltag Glaubwürdigkeit erzeugt und für bisher Inaktive attraktiv wirkt. In der Fixierung auf elektorale Prozesse treffen sich die traditionelle Parlamentsorientierung und der rein diskursiv konstruierte Populismus: Punktuelle, aber konzentrierte Mobilisierung kann zwar durchaus Erfolge zeitigen, sie bleibt aber prekär, wenn sie nicht mit einer nach-

haltigen Verankerung und Organisierung verbunden wird. Bei der nächsten, noch wirkungsvolleren populistischen Anrufung mit Themen wie «Raus aus der EU», mit Parolen gegen «die da oben» oder gegen «Flüchtlinge und Arbeitsmigranten» zieht die Wählerin, zieht der Wähler dann rasch weiter.

In Griechenland, Portugal, im spanischen Staat ist der Zyklus der Bewegungen, der mit den Protesten und Platzbesetzungen begann und scheinbar bruchlos zu den grandiosen Erfolgen bei Wahlen führte, nicht vorüber, sondern an eine gläserne Decke der Macht gestossen, die so nicht zu durchbrechen war. Die Perspektive der Verdichtung der gesellschaftlichen Mobilisierung bis zur Übernahme der Regierungsmacht hat sich vorübergehend erschöpft, wenn nicht sogar bei Teilen der Linken und der Bewegungen diskreditiert. Jetzt gilt es, überall die eigenen Institutionen (aus)zubauen, die Basis zu erweitern und – wo es möglich ist – neue Verbindungen zwischen den Praxen von Regierung, Parteien, Bewegungen und gesellschaftlicher Selbstorganisation zu entwickeln. Wie verbindende Praxen nach dem Scheitern Syrizas in Griechenland aussehen könnten, ist allerdings offen (Candeias 2016a; Giovanopoulos 2016).

Die Konvergenz der Praxen führt nicht automatisch zu ihrer Verbindung

Dass der Bewegungszyklus nicht zu Ende ist, zeigt sich an seinen fortdauernden «transnationalen Resonanzen» (Candeias 2013). Am offensichtlichsten manifestiert sich der Impuls der Demokratiebewegungen bei der Initiative *Nuit Debout* in Frankreich, bei all ihren Stärken und Schwächen: Bei den Platzbesetzungen engagierten sich jenseits der alten bewegungs- oder parteipolitischen Linien viele, die bisher nicht oder lange nicht mehr politisch aktiv waren. Sie organisierten sich zuallererst in der Bewegung der Schülerinnen und Schüler, von denen die Initiative ausging. Auf den Plätzen nicht repräsentiert sind allerdings jene, die sich seit Jahren sozial und räumlich abgehängt fühlen. Mehrfach wurde versucht, Platzversammlungen in den Banlieues durchzuführen, mit bescheidenem Erfolg. Und die stabilen Institutionen der Herrschaft waren durch Platzbesetzungen, aber auch durch die militanten Streiks nicht zu erreichen. Zwar sind Streiks und Demonstrationen nicht verschwunden, doch «scheint der gesellschaftliche Widerstand gegenwärtig zu schwach, um das Gesetz [Loi El Khomri, Reform des Arbeitsrechts, Anm. der Red.] noch zu stoppen» (Sablowski 2016). Ohnehin sahen sich die Menschen aus der ehemaligen Arbeiterklasse, aus deindustrialisierten Gebieten und aus der abstiegsbedrohten ländlichen (unteren) Mittelschicht nicht repräsentiert, weder durch die gewerkschaftlichen Aktionen noch durch die Versammlungen

auf den Plätzen (Syrovatka 2016). Die undemokratische Umsetzung des Loi El Khomri mithilfe des Paragrafen 49.3, also ohne Abstimmung in der Nationalversammlung, ist vielmehr Wasser auf die Mühlen des Front National, der die Arbeitsrechtsreform als ein «Diktat aus Brüssel» darstellt und Frankreich durch den «bürokratischen Superstaat EU» in seiner Souveränität bedroht sieht.

Es stellt sich die Frage, wie es in Frankreich nach den grossen Mobilisierungen gelingt, den Impuls zu erhalten und eine geeignete organisatorische Form zu finden (Candeias/Völpel 2014): entweder neue Formen der zivilgesellschaftlichen Organisation, vergleichbar mit Nachbarschaftsorganisationen, der Plattform der Hypothekengeschädigten PAH² in Spanien oder den Solidarstrukturen in Griechenland; oder aber parteipolitische Organisationsformen. Andernfalls könnte der Impuls verpuffen (Candeias 2013). Dem Parti Communiste, dem Parti de Gauche und dem Nouveau Parti Anticapitaliste gelingt es nicht, die neu entstandene gesellschaftliche Strömung aufzunehmen, noch die alte länger zu repräsentieren. Angesichts der desolaten Lage der parteiförmig organisierten Linken in Frankreich, der radikalen Linken sowie der «Linken» innerhalb des Wahlbündnisses der Grünen und des Parti Socialiste (PS) ist es mehr als fraglich, ob der «dritte Pol» bei der anstehenden Präsidentschaftswahl ausreichend sichtbar wird; oder ob er zwischen der neoliberalen Rechten (Les Républicains, zuvor UMP) und dem Front National zerrieben wird und im ersten Wahlgang ausscheidet. «Ein möglicher Bruch innerhalb der PS und die Abspaltung des linken Flügels erscheinen als nicht unwahrscheinlich. [...] Die Chance der Linken, will sie von der Krise der Sozialdemokratie profitieren, liegt nur in ihrer Neuformierung. Diese ist gerade vor dem Hintergrund des Erstarkens des Front National umso wichtiger.» (Syrovatka 2016)

Die politische Entwicklung in Frankreich zeigt: Verbindende Praxen entwickeln sich nicht automatisch. «Wir erleben eine ‹Konvergenz der Kämpfe› in Frankreich [...], aber es ist nicht selbstverständlich, dass sich diese Kämpfe und die existierenden politischen Organisationen verbinden lassen. Die alte Arbeitsteilung zwischen Partei, Bewegung und Gewerkschaft ist Geschichte. Alle müssen sich verändern und über ihre alten Praxen hinausgehen», konstatierte Maurilio Pirone von der Coalizione dei centri sociali an der Europäischen Strategiekonferenz der Rosa Luxemburg Stiftung im Juni 2016 (siehe auch Candeias/Völpel 2014). Dabei gibt es keinen linearen Aufstieg, die Entwicklung erfolgt über Brüche, ist geprägt von Rückschlägen, Niederlagen, Reorganisierung und Neuanfang.

Erneuert sich die Sozialdemokratie, oder folgt sie dem Beispiel Pasok?

Auch vor der Sozialdemokratie macht die Dynamik des Bewegungszyklus nicht halt. Sie bildet zurzeit die Grenze der Möglichkeit progressiver Transformation in Europa – an ihr entscheidet sich, ob eine solche Transformation real werden kann. Sie hat drei Optionen, von denen auch die Zukunft anderer, weiter links stehender Projekte abhängt: Populismus von oben, Abdriften in die Bedeutungslosigkeit oder Erneuerung einer linken Sozialdemokratie.

Option «Populismus von oben»: Die Sozialdemokratie kann aus der Regierungsposition heraus versuchen, die autoritäre, neoliberale Politik der Krisenbewirtschaftung fortzuführen und die vermeintlich «korrupten» oder zumindest «verkrusteten» politischen Institutionen, Verwaltungen und Parteibürokratien, ebenso die «Partikularinteressen» der Gewerkschaften zu denunzieren, um so (schwindende) Mehrheiten gegen die Rechtspopulisten zu sichern (Revelli 2016). Dieser Populismus von oben, etwa von Matteo Renzi in Italien praktiziert, zielt auf die Marginalisierung und Unterordnung (nicht Ausschaltung) aller vermittelnden Institutionen der repräsentativen Demokratie unter die Regierung; zudem auf die Zerstörung oppositioneller, vor allem linker Kräfte innerhalb und ausserhalb der sozialdemokratischen Partei. Unabhängig davon, ob diese Strategie erfolgreich ist oder nicht: Sie arbeitet einem autoritären Projekt in Europa zu und stärkt faschistische Kräfte.

Option «Abdriften in die politische Bedeutungslosigkeit»: Die Sozialdemokratie ist mittlerweile über Jahrzehnte programmatisch wie personell eng mit dem Neoliberalismus verwoben und ihre Führung sitzt noch an den Schaltstellen der Regierungs- und Verwaltungsmacht. Ihr fehlt das Potenzial zur Erneuerung, und sie verpasst daher den geschichtlichen Moment, an dem der «Zwiespalt zwischen Repräsentierten und Repräsentanten» zu gross wird: «An einem bestimmten Punkt ihres geschichtlichen Lebens lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heisst, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt.» (Gramsci 1996, Gef.7: 1577f.) Hier droht die Gefahr des Abdriftens in die politische Bedeutungslosigkeit, nach dem Beispiel der sozialdemokratischen Partei Pasok in Griechenland.

Auch der französische PS und der spanische PSOE sind von solcher Gefahr bedroht. Trotz massenhafter Proteste und niederschmetternder Umfragergebnisse (14 Prozent laut Umfrage im September 2016) hält die PS-Regierung unter François Hollande und Manuel Valls autoritär an der Durchsetzung einschneidender neoliberaler Massnahmen fest, was in der Partei nur verhalte-

nen Protest hervorruft. Der spanische PSOE hat starke Verluste erlitten – er errang 22 Prozent der Stimmen bei den letzten Wahlen, was einer Halbierung innerhalb der letzten zehn Jahre entspricht. Ihm obliegt aber die historische Entscheidung, ob der alte Weg weiter beschritten, das Land mit Kürzungen ausgeblutet und das europäische Projekt beerdigt wird; oder ob er Teil einer gesellschaftlichen Transformation in Spanien und Europa mit ungewissem Ausgang werden will, was wenig wahrscheinlich ist. Zurzeit wird im PSOE heftig debattiert, ob man mit dem linken Wahlbündnis Unid@s Podemos eine «Regierung des Wandels» wagen soll, oder ob man dem Verfassungsregime von 1978 treu bleibt und die Fortsetzung des Alten ermöglicht, das heisst eine weitere (Minderheits-)Regierung des rechtskonservativen Partido Popular PP (Spanische Volkspartei). Die noch existierenden Linken im PSOE möchten es mit Podemos versuchen, sind aber zu schwach in den Führungsetagen der Partei. Trotz der Entscheidung, keinen Widerstand gegen die Austeritätsregierung zu leisten, gibt es keine nennenswerte Absetzbewegung aus der Partei, keine ernst zu nehmende Abspaltung. Im Gegenteil, der Flügel um den ehemaligen Ministerpräsidenten Felipe Gonzáles wagte jüngst den Putsch gegen den Parteivorsitzenden Pedro Sánchez, weil dieser sich weigert, die PP und ihren Ministerpräsidenten Mariano Rajoy in einer «Regierung der nationalen Einheit» zu unterstützen.

Damit erweist sich die mangelnde Erneuerungsfähigkeit der Sozialdemokratie als entscheidende Blockade, die einem Richtungswechsel entgegensteht. Dies gilt auch für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, deren Umfragewerte sich mittlerweile nahe an der 20-Prozent-Marke bewegen. Sie hält an der Beteiligung an einer Regierungskoalition fest, die mit Macht das autoritäre neoliberale Krisenregime in ganz Europa durchsetzt und unerbittlich jede Alternative beseitigt. Bei keiner der drei erwähnten Parteien ist zwar ausgeschlossen, dass es nicht doch zu einer (mehr oder weniger opportunistischen) Wende kommt – fraglich ist nur, ob sie bis dahin nicht jeden Rest an Glaubwürdigkeit verspielt haben.

Option «Erneuerung einer linken Sozialdemokratie»: Für diese Option stehen die Namen Jeremy Corbyn und Bernie Sanders und die mit ihnen verbundenen politischen Phänomene. Auch sie sind als spezifische Resonanz auf den Bewegungszyklus von 2011 zu verstehen. Vielfältige Community-Organizing-Initiativen und Bewegungen wie Occupy hatten den Boden bereitet für Sanders politische Revolution in den USA. Im Wahlkampf um die US-Präsidentschaft ist die elektorale Mobilisierung an ihre Grenzen gestossen. Die Bewegung sucht jetzt neue Formen, um den Impuls nicht verpuffen zu lassen und einem «dritten Pol» jenseits von Donald Trump und Hillary Clinton politische Kraft zu verleihen.

Auch in Grossbritannien kam es immer wieder zu grossen Mobilisie-

rungserfolgen von Studierenden, Gewerkschaften und linken Antiausteritäts-Bewegungen. Sie fanden keine geeignete Form der Organisation, und die zersplitterte und teilweise sektiererische Linke bot keine erfolgversprechende Alternative. Labour galt wie die US-amerikanischen Demokraten als Ausdruck einer offensiven neoliberalen Sozialdemokratie – sie repräsentierten das politische Establishment genauso wie ihre rechtskonservativen Konkurrenten. Dank Sanders und Corbyn konnten Personen, die nie richtig dazugehört hatten, den Wunsch nach glaubwürdigen politischen Repräsentanten und Repräsentantinnen personifizieren und eine Revolte gegen die Partieliten der sogenannten linken und progressiven Parteien anführen.

Obwohl sich old New Labour sehr bemühte, Corbyn wieder loszuwerden und gar die Zerstörung der Partei riskierte, wird die Unterstützung für den neuen Parteichef mit jedem Angriff grösser und die Zahl der Mitglieder der Partei explodiert: Anlässlich der erneuten Wahl des Parteivorsitzenden liessen sich 183 000 Menschen binnen 48 Stunden neu bei Labour registrieren, mehr als die konservativen Torys insgesamt Mitglieder haben, und dies zusätzlich zu den Hunderttausenden, die schon zur ersten Wahl Corbyns eingetreten waren. Trotz der juristischen Winkelzüge, mit denen die alte Elite versuchte, die 183 000 Neumitglieder von der Wahl auszuschliessen, hat Corbyn seine Wiederwahl errungen. Der innerparteiliche Coup der Anhängerinnen und Anhänger des Blair-Kurses gegen ihren legitimen Parteivorsitzenden ist damit gescheitert. Nach dem offenen Machtkampf zwischen Revolution und Konterrevolution bei Labour ist nun offen, ob es ein gemeinsames Projekt geben kann oder doch eine Spaltung der Partei denkbar wird.

Diese beiden Versuche der Erneuerung einer linken Sozialdemokratie erfolgten in Ländern, in denen keine ernst zu nehmende parteipolitische Kraft links von der Sozialdemokratie existiert. Es ist fraglich, ob eine solche Erneuerung auch in anderen Ländern möglich wäre, in denen der Platz einer linken Sozialdemokratie von anderen Parteien beansprucht wird. In der Bundesrepublik Deutschland haben grosse Teile des linkssozialdemokratischen Spektrums die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verlassen und sind über die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei Die Linke gewechselt. Im spanischen Staat fürchtet ein personell ausgedünnter PSOE in einer Mitte-Links-Regierung an der Seite von Podemos zu verblassen; zudem sind die Positionen von Podemos und PSOE in der Frage der regionalen Autonomie Kataloniens und des Baskenlandes sehr verschieden.³

Den Weg einer vorsichtigen Erneuerung ohne Bruch versucht der portugiesische Partido Socialista zu gehen, indem er den Austeritätskurs aufweicht, ohne einen Richtungswechsel vorzunehmen. In Portugal gab es im

europäischen Vergleich die grössten Krisenproteste, aber keine neuen Organisationsformen, und der Impuls der Bewegung drohte zu erlahmen. Die Bewegung fand in der Wahl radikaler linker Parteien einen vorübergehenden Ausdruck. In dieser Situation entschieden sich Kommunisten und Linksblock im Oktober 2015, eine Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei mit ihrem Kurs gegen die Austerität zu tolerieren. Dies wäre ein möglicher Weg auch für die Bundesrepublik Deutschland und eine Alternative zur ungeliebten rot-rot-grünen Koalition.

Es gibt in Europa bisher nur zwei Fälle, in denen es gelang, links von der Sozialdemokratie eine machtvolle parteipolitische Alternative aufzubauen: In Griechenland wurde nach den Wahlerfolgen von Syriza diese Alternative durch die europäischen Institutionen zerstört, und man versucht, die schlimmsten Folgen abzufedern. Im spanischen Staat gelang es, mit Podemos und dann Unid@s Podemos eine solche Alternative zu konstruieren. Doch auch sie stösst an Grenzen. Für einen Richtungswechsel in Europa ist also nach wie vor entscheidend, ob die Sozialdemokratie sich zu erneuern vermag. Aber selbst wenn es dazu käme, brauchte es eine starke radikale Linke, die in einem gemeinsamen Projekt die Transformation vorantreibt.

Was tun in Europa?

Die am Anfang dieses Beitrags beschriebenen Probleme stellen sich überall in Europa, wenn auch mit unterschiedlicher Tragweite. Die umfassende Prekarisierung und Verunsicherung, die mangelnde Perspektive für wachsende Teile der Bevölkerung, die Entsolidarisierung und Aushöhlung sozialer Demokratie – diese Probleme betreffen alle Bevölkerungen, sie sind auf jeder politischen Ebene zu denken und zu bearbeiten, von lokalen über regionale und nationale bis zu europäischen und internationalen Ebenen (Candeias 2016c). Das heisst aber nicht, dass alle Fragen gleichwertig zu verfolgen wären. Es ist jeweils konkret zu entscheiden, auf welchen Ebenen am effektivsten gekämpft werden kann – aber immer mit Blick auf eine andere Verbindung und Strukturierung der Ebenen.

Dabei sind die Debatten innerhalb der Linken aus ideologischen Fixierungen zu lösen: Es geht nicht grundsätzlich um ein «für oder gegen die EU», «für oder gegen den Euroaustritt», sondern um die geeigneten Strategien in der konkreten Situation. Es hilft nicht viel, wenn wir uns eine Situation imaginieren, in der wir diese Fragen real entscheiden könnten. Die Situation in anderen Ländern kann von der unseren völlig abweichen. Sie stellt sich für periphere Länder wie Portugal anders als für grosse Länder wie Spanien oder für eine zentrale Macht wie die Bundesrepublik Deutschland.

Unser Interesse gilt den Möglichkeiten effektiver Brüche. Sie zeigen sich im Kampf der rebellischen Kommunen, die gegen den Widerstand des spanischen Nationalstaats versuchen, Kompetenzen neu auszuhandeln oder über Schuldenaudits eine Neuverhandlung und Streichung von Schulden zu erzwingen. Weitere Beispiele sind der katalanische Unabhängigkeitsprozess, aber auch die Debatte der Madrider Plan-B-Initiative um Miguel Urban; sie will über die Bildung einer Mitte-Links-Regierung (bzw. eines Blocks südeuropäischer Mitte-Links-Regierungen) die «einseitige» Neudefinition des Verhältnisses zur EU und eine Neukonstituierung in der EU erzwingen. Ziel ist eine Neugründung, welche die positiven Elemente der EU verteidigt und aufhebt. Brüche mit den geltenden Regeln der EU sind als staatlicher ziviler Ungehorsam aus Notwehr zu werten. Solche Regierungen könnten durchaus auf Zustimmung in breiten Teilen der Bevölkerung setzen, ohne formell einen Austritt aus dem europäischen Projekt zu fordern. Dies schliesst an Debatten an, wie sie vor der ersten Regierung von Alexis Tsipras in Griechenland diskutiert wurden (Candeias/Oberndorfer/Steckner 2014; Husson 2012). Auf der Europäischen Strategiekonferenz der Rosa Luxemburg Stiftung im Mai 2016 forderte Steffen Lehndorff: «Wir brauchen nicht nur zivilen Ungehorsam, sondern auch ungehorsame Regierungen.»

Anmerkungen

- 1 Unid@s Podemos: Wahlbündnis aus Podemos, der Vereinigten Linken und regionalen Bündnissen in Spanien.
- 2 PAH: Plataforma de Afectados por la Hipoteca, deutsch: Plattform der Hypothekengeschädigten.
- 3 Pasok: Panhellenische Sozialistische Bewegung (Sozialdemokratische Partei), eine der langjährigen Regierungsparteien Griechenlands.
- 4 Bislang stellt die alte Sozialdemokratie die Integrität der «spanischen Nation» über alle anderen politischen Fragen. Auf dieser Basis wird es keine Koalition mit Unid@s Podemos geben, denn dort spielen Plattformen und Bündnisse aus den nach Unabhängigkeit strebenden Gebieten eine tragende Rolle.

Literatur

- Bruchmann, Hanno/Candeias, Mario, 2016: Widersprüche surfen – Institutionen aufbrechen. In: LuXemburg, Heft 2, 104–107
- Candeias, Mario, 2013: Wo bitte geht's zum Winterpalast? In: LuXemburg, Heft 3–4, 10–21
- Candeias, Mario, 2015: Gegenmittel gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer verbindenden linken Partei. In: Ders. (Hg.): Rechtspopulismus in Europa – Linke Gegenstrategien. Berlin. www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien12_Rechtspopulismus.pdf (Abfrage 29.9.2016)

- Candeias, Mario, 2016a: Die verbindende Partei im Praxis-Test. In: Prokla, 182 (1), 153–166
- Candeias, Mario, 2016b: Den «dritten Pol» wieder sichtbar machen. In: Neues Deutschland, 22.4. www.neues-deutschland.de/artikel/1009532.den-dritten-pol-wieder-sichtbar-machen.html (Abfrage 29.9.2016)
- Candeias, Mario, 2016c: DiEM & Co. Demokratiebewegungen in Europa – jeder seins oder verbindende Praxen? In: LuXemburg online, April. www.zeitschrift-luxemburg.de/diem-und-co (Abfrage 5.10.2016)
- Candeias, Mario/Oberndorfer, Lukas/Steckner, Anne, 2014: Neugründung Europas? Strategische Orientierungen. In: LuXemburg, Heft 1, 16–25
- Candeias, Mario/Völpel, Eva, 2014: Plätze sichern! Re-Organisation der Linken in der Krise. Hamburg
- Eribon, Didier, 2016: Rückkehr nach Reims. Frankfurt am Main
- Giovanopoulos, Christos, 2016: Mehr als helfen und organisieren. Von Solidarity for all zum Aufbau materieller Macht. In: LuXemburg, Heft 2, 82–89
- Gramsci, Antonio, 1996: Gefängnishefte. Band 7. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. 10 Bände. Hamburg
- Husson, François, 2012: Zur Wiederbegründung Europas. In: LuXemburg online, Juli. www.zeitschrift-luxemburg.de/zur-wiederbegrundung-europas (Abfrage 29.9.2016)
- Jones, Owen, 2016: Brexit: Wenn du trauern musst, tu es jetzt – aber rüste dich für die immensen Herausforderungen, die anstehen. In: LuXemburg online, Juni. www.zeitschrift-luxemburg.de/brexit-wenn-du-trauern-musst-tu-es-jetzt-aber-rueste-dich-fuer-die-immensen-herausforderungen-die-anstehen (Abfrage 5.10.2016)
- Príncipe, Catarina/Carujo, Carlos, 2016: Verlockungen der sanften Austerität. Warum die Linke in Portugal die sozialdemokratische Regierung toleriert. In: LuXemburg, Heft 2, 22–27
- Revelli, Marco, 2016 (im Erscheinen): Populismus von oben. Die Regierung Renzi in Italien. In: LuXemburg, Heft 3
- Sablowski, Thomas, 2016: Der Kampf um das neue Arbeitsgesetz in Frankreich. In: LuXemburg online, Juli. www.zeitschrift-luxemburg.de/der-kampf-um-das-neue-arbeitsgesetz-in-frankreich/ (Abfrage 29.9.16)
- Syrovatka, Felix, 2016: Zwischen Utopie und Widerstand – die Sozialproteste in Frankreich. In: LuXemburg online, August. www.zeitschrift-luxemburg.de/zwischen-utopie-und-widerstand-die-sozialproteste-in-frankreich/ (Abfrage 29.9.2016)
- Zelik, Raul/Bruchmann, Hanno/Candeias, Mario, 2016: Rebellische Städte – Erfolg oder Frust? In: LuXemburg online, September. www.zeitschrift-luxemburg.de/rebellische-staedte-erfolg-oder-frust (Abfrage 10.10.2016)

Beiträge
zu Religion
und
Sozialismus

Neue Wege

Jetzt Probeabo
bestellen:
3 Nummern für Fr. 10.–

Neue Wege – in jeder Nummer aktuell, dank Autorinnen und Autoren, die etwas zu sagen haben:

7-8/2016: Wirtschaftsdemokratie

Barbara Gysi und Cédric Wermuth, Michael Jäger

9/2016: Das Kommunistische und das Religiöse

Rolf Bossart, Alis Guggenheim

10/2016: Linke Politik in den USA

Lotta Suter, Jan Rehmann, Robina Winbush

11/2016: Care-Arbeit und das gute Leben

Gabriele Winker, Barbara Metelska und Marianne Meyer

12/2016: Heilige Familie

Natalie Fritz, Sibylle Lustenberg

1-2/2017: Reclaim Democracy

Andreas Gross, Jacqueline Fehr, Raphael Jakob

Probenummer / Abo: Neue Wege • Postfach 652 • 8037 Zürich • info@neuewege.ch • www.neuewege.ch